

Die türkische Zypernpolitik im Kontext der EU-Ratspräsidentschaft Nikosias

Die Türkei verstärkt ihre Bemühungen, der bislang nur von ihr anerkannten »Türkischen Republik Nordzypern« internationale Legitimation zu verschaffen

Günter Seufert

Angesichts der Ratspräsidentschaft der Republik Zypern verstärkt die Türkei ihre Bemühungen, den von ihr abhängigen türkischen Kleinstaat im Norden der Insel international aufzuwerten. Als Instrument dafür dient ihr die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC). Ankara reagiert damit auch auf die aktuelle Frontenkonstellation im Mittelmeer, die sich als Folge des Streits um den Zugriff auf neu lokalisierte Gasvorkommen herausgebildet hat. Verläuft die Entwicklung weiter in der bisher eingeschlagenen Richtung, bezahlt die Europäische Union ihre unentschlossene Zypern- und Türkeiipolitik damit, dass sie von den neu entdeckten Ressourcen abgeschnitten bleibt und Russland seinen Einfluss im Mittelmeer erhöht.

Für die Türkei ist die EU-Ratspräsidentschaft der Republik Zypern, die am 1. Juli 2012 begonnen hat, ein rotes Tuch. Das liegt nicht nur daran, dass Nikosia die Eröffnung von sechs Kapiteln der Beitrittsverhandlungen Ankaras mit der EU blockiert und der türkische Beitritt an dem seit nun mehr fast sechzig Jahren schwelenden Konflikt zu scheitern droht. Wichtiger ist, dass die EU-Ratspräsidentschaft der Republik Zypern zusätzliche internationale Reputation verleiht und damit das zentrale Argument der türkischen Haltung in der Zypernfrage auszuhebeln droht.

Denn die Türkei erkennt den heutigen griechisch-zyprischen Staat auf der Insel nicht an. Ihrer Lesart nach ist das mit der

Verfassung von 1960 aus der Taufe gehobene Proporzregime der Republik Zypern ein Beleg dafür, dass es niemals darum gegangen sei, eine zyprische Nation hervorzu- bringen. Im Gegenteil, es sei immer von der dauerhaften Eigenständigkeit zweier Volksgruppen bzw. Religionsgemeinschaften ausgegangen worden, die ihre kulturelle Identität bewahren und sich nicht einander angleichen würden. Mit der Zerstörung des Proporzregimes durch die Inselgriechen 1963 sei der darauf ruhende Staat erloschen. Die beiden großen Volksgruppen Zyperns seien außerdem von Beginn als politisch gleichberechtigt begriffen worden, und jeder neue Staatsaufbau auf Zypern benötige die Zustimmung beider Gruppen.

Ankara geht außerdem davon aus, dass die Nähe der Insel zum türkischen Festland – die Entfernung beträgt nur circa 40 Seemeilen – der Türkei ein begründetes sicherheitspolitisches Interesse an der Außenpolitik der Insel einräume.

Die Türkei hat deshalb nie die internationale Sichtweise übernommen, die von der griechisch-zyprischen Mehrheit getragene Republik Zypern repräsentiere die ganze Insel. Genau dieser Anspruch jedoch erhält durch die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Nikosia erneut internationale Bestätigung.

Um die Position der Türkei auf internationaler Ebene zu zementieren, hat der türkische Außenminister Ahmet Davutoğlu bereits im Juli 2011 angekündigt, dass sein Land für die Dauer der EU-Ratspräsidentschaft an keiner Sitzung unter griechisch-zyprischem Vorsitz teilnehmen wird. Was das Zypernproblem selbst betrifft, erwartet niemand auf der Insel in dieser Zeit einen Fortschritt bei den ohnehin stagnierenden Verhandlungen der beiden Volksgruppen zur Überwindung der Teilung.

Die Entdeckung größerer Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer verleiht dieser politischen Konstellation zusätzlichen wirtschaftlichen und strategischen Konflikstoff.

Reichtümer des östlichen Mittelmeers und Streit um exklusive Wirtschaftszonen

1,025 Milliarden Kubikmeter Erdgas wurden bis zum April 2012 im sogenannten Levante-Becken (Levant Basin) geortet, das zwischen Israel, dem Libanon und Zypern liegt. Neun der elf entdeckten Felder befinden sich in der Exklusiven Wirtschaftszone (EWZ) Israels, die restlichen in der EWZ der Republik Zypern. Doch das ist längst nicht alles. Der US-amerikanische Geological Survey (UGSG) geht von einem Gesamtvorkommen im Bassin von 3,45 Milliarden Kubikmeter Gas und 1,7 Milliarden Barrel Rohöl aus. Das östliche Mittelmeer gilt in Sachen Öl und Gas als noch weit-

gehend unerforscht. Groß sind deshalb die Erwartungen auf zukünftige Entdeckungen und stark die Hoffnung, die Seeregion könne sich zu einer alternativen Bezugsquelle im Hinblick auf die Lagerstätten in der ehemaligen Sowjetunion entwickeln.

Entsprechend entschlossen zeigen sich die Küstenstaaten beim Abstecken ihrer Claims. Doch gültige bilaterale Abkommen zur gegenseitigen Abgrenzung von EWZn gibt es bislang nur zwischen der Republik Zypern und Israel sowie zwischen Nikosia und Kairo. Ungeklärt sind die Verhältnisse zwischen Israel und dem Libanon, zwischen Israel und Ägypten, zwischen dem Libanon und Syrien sowie zwischen Syrien und der Türkei.

Offener Streit über die die EWZn herrscht zwischen der Republik Zypern und der Türkei. Im Dezember 2010 waren Nikosia und Tel Aviv über die Abgrenzung der beiderseitigen EWZn handelseinig geworden, was die ohnehin angespannten Beziehungen Ankaras zu beiden Ländern weiter verschlechtert hat.

Denn da die Türkei die Regierung in Nikosia nicht anerkennt, spricht sie ihr auch die Fähigkeit zum Abschluss internationaler Verträge ab und hält deshalb die von Nikosia getroffenen Vereinbarungen zur Abgrenzung exklusiver Wirtschaftszonen im Mittelmeer für null und nichtig. Ein Recht auf die Ausbeutung der Erdgasvorkommen verweigert Ankara Nikosia des Weiteren mit Verweis auf die Ansprüche der türkischen Zyprioten an diesem Reichtum. Nachdem ihre Proteste in Nikosia wenig gefruchtet hatten, schloss die Türkei im September 2011 mit der nur von ihr anerkannten Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ) ein Abkommen über die beiderseitigen EWZn. Im selben Monat beauftragte die TRNZ die staatliche türkische Erdölfirma TPAO mit Explorationen nördlich der Insel, in Gewässern, die die Republik Zypern als Teil ihrer EWZ betrachtet. Damit war die Bühne für eine weitere Eskalation bereitet.

Tatsächlich entsandte die Türkei Ende September 2011 demonstrativ ein For-

schungsschiff in das von Nikosia beanspruchte Aphrodite-Feld. Militärisch reagierte darauf nicht die Republik Zypern, sondern Israel, dessen Kampfjets das Schiff bedrängten und dabei den türkisch-zyprischen Luftraum verletzten, was wiederum die Türkei zu Entsendung von Militärflugzeugen veranlasste. Als im Februar 2012 Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu als erster Premier seines Landes Nikosia besuchte, reagierte die Türkei mit einem Seemanöver in dem von der Republik Zypern beanspruchten Block 12 der Erdgasfelder, bei dem mit scharfer Munition geschossen wurde.

Im Mittelmeer entstehen neue Fronten

Nikosia und Tel Aviv haben Kooperationsverträge zur Ausbeutung und zur Sicherheit der Erdgasfelder abgeschlossen, und sie wollen auch beim Export des Gases zusammenarbeiten. Die US-Firma Nobel Energy, an der Israel Anteile hält, ist für beide Länder tätig. Griechisch-zyprische und israelische Blätter berichten von einem Ausbau der militärischen Kooperation beider Länder. Israel sei an der Nutzung des zyprischen Militärflughafens Andreas Papandreou interessiert und verhandle über die Einrichtung eines Luftwaffenstützpunkts auf der Insel. Im Oktober 2011 nutzte die israelische Luftwaffe bereits den zyprischen Luftraum für Manöver. Vor dem jährlichen Global Forum des American Jewish Committee stellte die zyprische Außenministerin Erato Kozakou-Markoulli im Mai 2012 ihr Land als unverzichtbar für die Sicherheit Israels dar.

Israel selbst hat sich nach seinem Streit mit der Türkei Griechenland angenähert. Bereits im September 2011 unterzeichneten Griechenland und Israel in Jerusalem einen Vertrag über militärische Kooperation. Ende März 2012 fand in Athen unter Beteiligung der USA und Noble Energys ein griechisch-israelisch-zyprischer Investment Summit statt. Anfang April unterzeichneten die drei Länder ein Memorandum of Understanding

zur Anbindung Israels und der Republik Zypern an das europäische Stromnetz über Kreta. An exakt denselben Tagen führten Einheiten der 6. Flotte der USA, Griechenland und Israel ein Luft- und Seemanöver durch, bei dem unter anderem der Schutz von Bohrinseln geprobt wurde und das offensichtlich darauf gerichtet war, der Türkei die Grenzen ihres Einflusses im östlichen Mittelmeer aufzuzeigen. Als sich der Streit Nikosias mit Ankara über den Vertrag zur Abgrenzung der beiderseitigen EWZn zwischen der Republik Zypern und Israel anbahnte, hatten Washington und Brüssel umgehend das Recht der Republik Zypern als alleiniger Repräsentantin der gesamten Insel bekräftigt, internationale Verträge abzuschließen.

Nicht besser sieht die Lage für Ankara nach internationalem Recht aus. Tel Aviv und Nikosia haben ihren Vertrag über die EWZn gemäß den Vorgaben des Seerechtsabkommens der Vereinten Nationen gestaltet. Dessen Normen sind zu internationalem Gewohnheitsrecht geworden und binden deshalb auch jene Staaten, die – wie Israel und die Türkei – dem Vertragswerk bislang nicht beigetreten sind.

Damit ist die Türkei im östlichen Mittelmeer heute weitgehend isoliert. Ankara erlebt eine bislang nicht da gewesene Diskrepanz zwischen seinem Anspruch, neue Führungs- und Ordnungsmacht zu sein, und der Realität einer aus Israel, der Republik Zypern und Griechenland bestehenden Front, der von den großen westlichen Akteuren, den USA und der EU, der Rücken gestärkt wird. Gleichzeitig liegt die Türkei noch mit Syrien und dem Iran im Streit, und mit zum Irak unterhält sie eine zunehmend konflikträchtige Beziehung.

Déjà-vu der türkischen Zypernpolitik

Blickt man von Ankara aus ins östliche Mittelmeer, scheint die heutige Situation die Grundannahmen der türkischen Zypernpolitik und die damit einhergehenden Befürchtungen aufs Schlimmste zu

bestätigen. In den ersten Jahrzehnten nach ihrer Gründung 1923 hatte sich die Republik Türkei nicht mit Zypern befasst, das damals Teil des britischen Kolonialreichs war. Erst die Aussicht, die Insel könne sich mit Griechenland vereinigen, rief Ankara 1955 auf den Plan. 1949 war der Dodekanes an Griechenland gefallen, und am 15. Januar 1950 hatten bei einer von der Orthodoxen Kirche ausgerichteten Volksbefragung 96 Prozent der Zyperngriechen für die »Enosis« – die Vereinigung Zyperns mit Griechenland – gestimmt. In Ankara, wo die Erinnerung an die Invasion griechischer Truppen von 1919 bis 1922 stets in Erinnerung gehalten worden war, sah man in diesen Entwicklungen Zeichen für eine neuer Welle griechischer Aggression, für eine Einkreisungspolitik und den Versuch, die Türkei vom Mittelmeer abzuschneiden. Auf der Londoner Zypernkonferenz vom August 1955 beantragte der damalige türkische Außenminister Fatin Rüştü Zorlu für den Fall eines britischen Rückzugs die Rückgabe der Insel an die Türkei. In den darauffolgenden Monaten schwächte die Regierung in Ankara diese Forderung ab zu dem realistischeren Verlangen nach einer Teilung (Taksim) der Insel in einen griechischen und einen türkischen Herrschaftsbereich.

Seit jener Zeit sind im türkischen Denken der Schutz der Zyperntürken, die Angst vor einer griechischen Einkreisung und die strategische Bedeutung Zyperns für den Einfluss der Türkei im Mittelmeer und im Nahen Osten nicht voneinander zu trennende Dimensionen des Konflikts. »Das Problem [in der Zypernfrage, Anm. d. Verf.] besteht aus der Sicherheit der 45 Millionen Türken im Mutterland, der Sicherheit der Türken auf der Insel sowie der Aufrechterhaltung der Balance im Mittelmeer«, stellte 1974 Turan Güneş fest, Außenminister der Regierung Bülent Ecevit, die im gleichen Jahr den Befehl zur Invasion Zyperns gegeben hatte. Damals ging es für die Türkei nicht nur um die Rechte der Zyperntürken, sondern auch um die Nutzung des »unsinkbaren Flugzeugträgers«, der sowohl

eine Einkreisung Anatoliens verhindern, als auch den türkischen Zugang zum östlichen Mittelmeer sichern sollte.

Die neue, auf regionale Vormachtstellung und globalen Einfluss gerichtete Außenpolitik Ahmet Davutoğlu rückt jede dieser drei Dimensionen des Zypernproblems in einen noch größeren Zusammenhang. In Davutoğlu vielbeachtetem Standardwerk *Strategische Tiefe* wird Zypern zum »Dreh- und Angelpunkt für die regionale und globale Seestrategie der Türkei«. Der Versuch Nikosias von 1998, russische S-300-Raketen auf der nur circa 67 km entfernten Insel zu stationieren, habe gezeigt, dass die Sicherheit des anatolischen Herzlands ohne türkisches Mitspracherecht auf Zypern nicht gewährleistet sei. Und die Lage der Türken auf Zypern ist für Davutoğlu Symbol und Gradmesser dafür, ob und in welchem Umfang Ankara in der Lage ist, türkische und muslimische Minderheiten von Westthrazien bis Bosnien und Aserbaidschan zu beschützen. Das türkische Militär hat stets die Unverzichtbarkeit der Insel bekräftigt und Zugeständnisse im Rahmen der Zypernverhandlungen strikt abgelehnt. Demgegenüber haben liberale Kräfte in der Türkei dem Militär vorgehalten, es übertreibe die strategische Bedeutung Zyperns und instrumentalisieren den Zypernkonflikt zu dem Zweck, den Beitrittsprozess der Türkei zur Europäischen Union zu hintertreiben.

Dieser Vorwurf ist heute viel schwerer aufrechtzuerhalten. Denn angesichts des arabischen Umbruchs, des geopolitischen Ringens um die Zukunft Syriens und des Verteilungskampfs um die Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer hat die Insel tatsächlich eine neue strategische Bedeutung gewonnen. Davon geht heute auch Tel Aviv aus, auch wenn dort andere Befürchtungen formuliert werden. In der strategischen Diskussion Israels sehen einflussreiche Kreise in der Insel den zentralen Zankapfel im Streit zwischen einem sich zunehmend radikalisierenden Islamismus und dem Westen über die Vorherrschaft im östlichen Mittelmeer.

Ankaras Rückkehr zur bekannten Zypernpolitik

Die erneut gewachsene Bedeutung der Insel dürfte der Grund dafür gewesen sein, dass der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan im Februar 2011 erstmals die Sprachregelung der türkischen Militärs übernahm und von »strategischen Interessen der Türkei auf Zypern« sprach. Noch 2004 hatte sich Erdoğan gegen den erbitterten Widerstand des Militärs für die Annahme des Wiedervereinigungsplans des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan eingesetzt. Annans Lösungsvorschlag sah eine bikommunale und bizonale Föderation zweier Teilstaaten auf Zypern vor. Seine Ablehnung von Seiten der Inselgriechen, die Unfähigkeit der EU, ihre Zusage zu erfüllen, dass es zwischen dem türkischen Inselnorden und der Union Direkthandel geben kann, und ein von türkischer Seite befürchteter Prestigegewinn der Republik Zypern durch die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft haben zusammen mit der neuen strategischen Bedeutung der Insel dazu geführt, dass Erdoğan zur traditionellen Zypernpolitik der Türkei zurückgekehrt ist. Da die Verhandlungen zur Bildung eines föderativen Staates nicht vom Fleck kommen und die Annexion Nordzyperns durch die Türkei keine realistische Alternative darstellt, bemüht sich Ankara heute wieder verstärkt um die Anhebung des Status von Nordzypern. Erdoğan kann dabei auf langjährigen Vorleistungen der türkischen Diplomatie aufbauen. Das hauptsächliche internationale Forum für diesen Strang der türkischen Zypernpolitik war und ist die Organisation der Islamischen Konferenz, OIC, mit Sitz in Dschidda, Saudi Arabien.

Die OIC als Instrument der türkischen Zypernpolitik

Der Gründungsgipfel der OIC 1969 in Rabat war die erste, auf eine politische Agenda orientierte Zusammenkunft islamischer Staaten, an der sich die 1923 ausgerufene Republik Türkei beteiligte. 1963 hatten die Zyperngriechen durch die einseitige Verfas-

sungsänderung die Grundlagen für einen gemeinsamen Staat der Griechen und Türken auf der Insel beseitigt, und ab 1964 betrieb die Türkei intensive diplomatische Anstrengungen, um ihre Zypernpolitik zu propagieren und zu rechtfertigen. Die türkischen Initiativen richteten sich insbesondere an islamische und andere Länder der damaligen Dritten Welt, und die OIC wurde zu ihrer hauptsächlichen Bühne.

Bereits in jenen Tagen schälte sich die türkische Deutung des Zypernkonflikts heraus, die heute erneut die Haltung Ankaras bestimmt. Anfangs hatte die Türkei in der OIC nur sehr begrenzten Einfluss. Sie war und ist der einzige Nato-Staat in dem stark von blockfreien Perspektiven geprägten Zusammenschluss, und ihr laizistisches Regime machte sie zu einem Fremdkörper in der Organisation. Ankara konnte seine Position jedoch schrittweise ausbauen. Seit 1974 beteiligt sich die Türkei an der Finanzierung des OIC-Budgets. 1978 und 1979 wurden auf ihren Vorschlag hin sowohl das Zentrum für statistische, wirtschaftliche und soziale Forschung und Ausbildung der Islamischen Länder (SESRIC) in Ankara als auch das Forschungszentrum für islamische Geschichte, Kunst und Kultur (IRCICA) in Istanbul eröffnet. 1984 übernahm die Türkei den Vorsitz des Ständigen Komitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel (COMCEC) der OIC, dessen Präsident qua Amt der türkische Staatspräsident ist. 2005 konnte Ankara die Wahl des Türken Ekmeleddin Ihsanoglu zum Generalsekretär der OIC durchsetzen. Es war das erste Mal, dass dieses Amt per Wahl vergeben wurde.

Der wachsende Einfluss der Türkei in der Organisation spiegelt sich in den Stellungnahmen und Erklärungen der OIC zum Zypernproblem und in dem zunehmend höheren Status der Zyperntürken in der Vereinigung wider.

So erhält zum Beispiel 1975 der Führer der Zyperntürken Rauf Denktaş Gelegenheit, auf der 6. Konferenz der Islamischen Außenminister seine Sicht des Zypernproblems darzulegen. Beim darauffolgen-

den Treffen 1976 erkennen die OIC-Außenminister die »Gleichheit der Rechte« beider Volksgruppen auf Zypern an und laden die Zyperntürken als »Gäste« zu den Folgekonferenzen ein. 1979 werden die »Gäste« zu »Beobachtern« aufgewertet und die Mitgliedstaaten der OIC zur Unterstützung gegen das Wirtschaftsembargo aufgefordert. Bei der 20. Konferenz der Islamischen Außenminister 1991 in Istanbul gelingt es der Türkei zwar nicht, die Vollmitgliedschaft der Zyperntürken durchzusetzen. Doch der Resolutionsentwurf der Konferenz, der im Dezember desselben Jahres vom 6. Islamischen Gipfel in Dakar abgesegnet wird, gewährt der »türkischen Gemeinschaft von Zypern« Vertretungsrecht in allen Organen der OIC sowie das Recht, an allen Aktivitäten der OIC zu partizipieren. Gleichzeitig werden die Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, ihre Beziehungen mit den Zyperntürken auf allen Feldern zu verstärken. Die Türkei begrüßt das Ergebnis als »Vollmitgliedschaft, die nur nicht diesen Namen trägt«. Tatsächlich stellt die Resolution fest, dass die Frage der Vollmitgliedschaft Nordzyperns weiterhin auf der Tagesordnung der OIC bleibt. Der nächste größere Schritt erfolgt 2004: Nach der Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyprioten beschließt die 31. Konferenz der Islamischen Außenminister noch im selben Jahr, dass das »Muslimische Volk von Zypern« künftig bei der OIC unter der Bezeichnung »Türkisch-Zyprischer Staat« geführt wird. Der Begriff stammt aus dem Annan-Plan und bezeichnete dort einen der beiden konstituierenden Staaten auf denen der gemeinsame föderative zyprische Staat hätte ruhen sollen.

Aktuelle Initiativen zur Stärkung der internationalen Legitimität der TRNZ

Auf diesem Fundament konnten Erdoğan und Davutoğlu im Jahre 2010 aufbauen, als sich wesentliche Konturen der heutigen Situation abzeichneten wie die Verschlechterung der türkisch-israelischen Beziehun-

gen, die Erdgasfunde im Mittelmeer, der Streit um exklusive Wirtschaftszonen, das voraussichtliche Scheitern der Zypernverhandlungen und nicht zuletzt die EU-Ratspräsidentschaft der Republik Zypern. Am 2. Januar 2010 besuchte der türkische Außenminister den Generalsekretär der OIC. Beide unterstrichen die Notwendigkeit, die Beziehungen der OIC und ihrer Mitgliedsländer mit der TRNZ in den Bereichen Handel und Investment, Tourismus, Bildung und Kultur auszubauen, um »die ungerechte Isolation« der türkischen Zyprioten zu überwinden. In den darauffolgenden 24 Monaten wurden diese Vorhaben Schritt für Schritt umgesetzt: Der OIC-Vorsitzende Ihsanoglu empfing mehrere Minister der TRNZ, besuchte zweimal den Nordteil der Insel, und die OIC veranstaltete in Nordzypern eine Messe zur Hochschulausbildung sowie ein Investmentforum.

Damit einher ging die weitere Übernahme türkischer Positionen durch die Organisation. Die Teilnehmer der 38. Konferenz der Islamischen Außenminister 2011 in Astana gaben ihrer Besorgnis über »die einseitigen Ansprüche der griechisch-zyprischen Seite im östlichen Mittelmeer« Ausdruck und stellten sich hinter den zyperntürkischen Vorschlag, alle Explorationen bis zur Lösung des Zypernproblems einzustellen. Auf ihrer 7. offiziellen Zusammenkunft Ende Januar 2012 in Palembang (Indonesien) verurteilte die Parlamentarische Union der OIC das Abkommen zwischen der Republik Zypern und Israel über die Festlegung der beiderseitigen EWZn und erklärte ihre Unterstützung für die Aufhebung der Isolation Nordzyperns für den Fall, dass die Zypernverhandlungen erneut scheitern.

Der bisher letzte Schritt erfolgte am 4. April 2012 beim offiziellen Besuch des »Staatspräsidenten der TRNZ« Derviş Eroğlu bei der OIC. Eroğlu beantragte dort die Eröffnung einer ständigen Vertretung der TRNZ bei der OIC, eine Initiative, die der Generalsekretär der Organisation mit Wohlwollen aufnahm. Die Republik Zypern sieht

darin einen weiteren Schritt in den Bemühungen der Gegenseite, die Anerkennung der TRNZ zu erreichen. Tatsächlich forderte Eroğlu bei dem Treffen ebendiese Anerkennung im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen.

Die Waage in der OIC neigt sich zugunsten Ankaras

Trotz der weitgehenden Übernahme türkischer Positionen und trotz der Aufwertung des Status, der den Zyperntürken in der Organisation gewährt wird, hat die OIC der TRNZ bisher keine Vollmitgliedschaft zugestanden. Viele Partnerstaaten der OIC tragen UN-Beschlüsse mit, die gegen die Politik der Türkei gerichtet sind, und kein Mitglied der Organisation hat Nordzypern bisher staatlich anerkannt.

Einige der Gründe für diese Zurückhaltung sind jedoch in den letzten Monaten und Jahren weggefallen oder verloren viel von ihrem Gewicht. Zu nennen sind hier der europäische, US-amerikanische, aber auch russische Einfluss in der Region, der zurückgegangen ist; die ehemals guten Beziehungen der Türkei zu Israel, die sich inzwischen wieder verschlechtert haben; die Aussicht auf einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen auf Zypern, die geschwunden ist; und die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Republik Zypern, aber auch Griechenlands für Länder der arabischen Welt, die ebenfalls zurückgegangen ist. Die Positionen, die sich die OIC in der Zypernfrage zu eigen gemacht hat, die immer dichter werdende wirtschaftliche und kulturelle Kooperation von OIC-Institutionen wie der Islamischen Entwicklungsbank (IDB) mit den Institutionen der TRNZ und die steigende Anzahl von Ständigen Vertretungen der TRNZ in Mitgliedstaaten der OIC tragen schon heute dazu bei, das Ansehen Nordzyperns in der islamischen Welt zu erhöhen, und bestärken Ankara in seiner Politik. Zwar kann nicht vorhergesagt werden, ob es zu einer Vollmitgliedschaft der TRNZ in der OIC kommen wird und einige Mitgliedstaaten der

OIC den türkischen Staat auf der Insel anerkennen werden. Unbestreitbar ist jedoch, dass die Voraussetzungen dafür heute weiter als jemals zuvor gediehen sind.

Debakel für die Brüsseler Politik?

Brüssel hat in den letzten Jahren wenig dafür getan, den Rückfall Ankaras in seine alte, von Bedrohungsszenarien und Einkreisungsängsten bestimmte Zypernpolitik zu verhindern, die sich heute scheinbar nahtlos mit einer Politik des Säbelrasseln im Mittelmeer verbinden lässt. Die EU hat einseitig darauf beharrt, die Türkei müsse das Ankara-Protokoll zur Zollunion umsetzen. Gleichzeitig war sie nicht in der Lage, den Direkthandel des türkischen Nordens mit der EU zu etablieren, was sie nach dem Scheitern des Annan-Plans versprochen hatte. Sie hat die unilaterale Blockierung von zentralen Kapiteln in den Beitrittsverhandlungen der Türkei durch Frankreich und die Republik Zypern hingenommen und sich in der Frage der exklusiven Wirtschaftszonen sofort mit der Republik Zypern und Israel solidarisiert. Zwar waren alle diese politischen Schritte in der Logik der EU der Verteidigung von Rechtspositionen geschuldet, doch ändert das nichts am Ergebnis: einer unerwünschten Frontstellung im östlichen Mittelmeer.

Es ist deshalb sehr unwahrscheinlich, dass sich die Hoffnungen des EU-Kommissars für Erweiterung erfüllen werden. Štefan Füle glaubt, die Ratspräsidentschaft werde die Aufmerksamkeit der Welt erneut auf Zypern lenken, was die Verhandlungen zur Lösung des Zypernproblems zumindest positiv beeinflussen werde.

Die neu entdeckten Reichtümer im Mittelmeer böten, so der EU-Kommissar, doch die Chance, als Katalysatoren der Vereinigung des griechischen Südens der Insel mit dem türkischen Norden zu wirken. Auch dafür spricht leider nur wenig, und selbst die Hoffnung, dass Europa über das Gas im Mittelmeer seine energiepolitische Abhängigkeit von Russland mindern könnte, ist nicht sehr realistisch.

Zwar hat Nikosia durchaus ein Interesse daran, einen Teil der Ausbeute auf den europäischen Markt zu bringen. Richtig ist auch, dass mit der Republik Zypern und Israel bei der Ausbeutung der Gasvorkommen im Mittelmeer zwei auf Westeuropa orientierte Staaten am längeren Hebel sitzen. Doch der einzig rentable Transportweg für das Gas wäre eine Tiefseepipeline über die zyprische Halbinsel Karpazia in den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan. Bei dieser Route ist die Entfernung kurz, das Meer in diesem Abschnitt wenig tief und der Transportweg deshalb finanzierbar und noch wirtschaftlich. Die beiden anderen Alternativen sind dagegen technisch schwierig und unverhältnismäßig teuer: Eine Pipeline von Zypern über Rhodos zum griechischen Festland ist wegen der Länge der Route und der Tiefe des Meeres finanziell wenig attraktiv. Und beim Transport verflüssigten Gases per Schiff sind die Kosten für Verflüssigung und Rückvergasung hoch. Das macht diese Alternative nicht oder nur wenig lohnenswert. Das Zypernproblem wird deshalb aller Voraussicht nach einen dicken Strich durch alle Rechnungen Europas machen, Nutzen aus den Erdgasvorkommen zu ziehen.

letzt im Januar 2012, als ein russisches Schiff mit Munition für Syrien in Zypern anlegen und trotz eines EU-Embargos in den syrischen Hafen von Latakia weiterfahren durfte.

2011 gewährte Russland der Republik Zypern einen Kredit in Höhe von 2,5 Milliarden Euro, und im Juli 2012 fragte Nikosia in Moskau erneut nach finanzieller Hilfe. Noch mehr Kapital aus Russland könnte Moskau mehr Mitspracherecht in Zypern und im östlichen Mittelmeer verschaffen, befürchten nicht nur die britische *Week* und die US-amerikanische *New York Times*. Die gleichen Sorgen teilen auch Brüsseler Diplomaten.

Tatsächlich ist es sehr wahrscheinlich, dass Russlands Energieunternehmen bei der zweiten Ausschreibungsrunde der Republik Zypern für Explorationsaufträge in ihrer exklusiven Wirtschaftszone nicht leer ausgehen werden. Denn im Konflikt mit der Türkei ist Russlands strategischer Beistand für Nikosia erneut wichtig. Von der westlichen Allianz aus EU und Türkei, die so oft beschworen wird, ist im östlichen Mittelmeer heute nur noch sehr wenig übrig.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Russland als Gewinner des Schachs im Mittelmeer?

Eventuell kann Russland von der Frontstellung im Mittelmeer am meisten profitieren. Schon jetzt ist Moskau in Nikosia ein wichtiger Akteur. Russische Touristen sind die Hauptkunden der griechisch-zyprischen Tourismusindustrie, und der Immobilienmarkt boomt vor allem dank russischer Käufer. Über die Insel fließt Kapital aus Russland zurück ins Heimatland. Mit einer Rate von 20 Prozent galt Zypern im Jahre 2011 als größter Direktinvestor in Russland. Zyperns Staatspräsident Dimitris Christofias, der die Regierung führt, studierte einst in Russland und nennt sich gern das »rote Schaf« Europas. Er steht der Nato kritisch gegenüber und nimmt auf Moskaus Interessen große Rücksicht. Das zeigte sich zu-